**BESCHLUSSVORLAGE**

**Antrag
Wir in XXX unterstützen das Pariser Klimaabkommen und die Kattowitzer Umsetzungsbeschlüsse**

**Antrag:**

Der Klimawandel stellt in den nächsten Jahrzehnten die größte Bedrohung für ein friedliches, stabiles und zukunftsfähiges (Über-)Leben der Menschheit auf der Erde dar.

Der Gemeinderat in XXX begrüßt deswegen das Pariser Weltklimaabkommen, das 2016 im Deutschen Bundestag einstimmig von allen Fraktionen ratifiziert wurde und von allen Staaten der Welt (Ausnahme Syrien) unterzeichnet wurde sowie die Ergebnisse des Kattowitzer Weltklimagipfels vom Dezember 2018 zur Umsetzung der vereinbarten Klimaziele.

Die Stadt XXX bekennt sich zu den Beschlüssen von Paris und unterstützt deswegen die EU, die Bundes- und Landesregierung, indem wir die Einhaltung der vereinbarten Klimaziele als verbindliche Leitlinie unserer Politik anerkennen.

Die Stadt XXX will den Treibhausgas (THG)-Ausstoß bis 2050 deswegen in allen beeinflussbaren Bereichen (Verkehr, Wärme, Energieversorgung, etc. ) auf möglichst nahe Null t/Einwohner reduzieren – das Pariser Klimaabkommen gilt weltweit, in Europa, Deutschland, Baden-Württemberg und in XXX!

Die Stadt XXX will den Treibhausgas-Ausstoß bis 2030 deswegen in allen beeinflussbaren Bereichen (Verkehr, Wärme, Energieversorgung, etc.) um mindestens 40% gegenüber 1990 reduzieren – wie auch innerhalb der EU vertraglich vereinbart und mit Strafzahlungen unterlegt. Nur so kann die Reduktion der Gesamtemissionen von derzeit ca. 10t THG/Einwohner pro Jahr wie angestrebt und vereinbart bis 2050 auf ca. 1,5t/Einwohner pro Jahr erreicht werden.

(Quellen: siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cbereinkommen_von_Paris> und
<https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/klimaschutzplan-2050/> )

**Begründung:**

Von dieser zentralen Frage für das (Über-)Leben der Menschheit auf der Erde sind viele gesellschaftlichen Bereiche und Politikfelder berührt. Dieser Verantwortung wurden die Bundesregierung und der Bundestag im Frühjahr 2016 mit ihren einstimmigen Beschlüssen gerecht. Wir wollen uns dieser Verantwortung auch in XXX stellen und dies gegenüber der Bevölkerung mit diesem Beschluss als Grundlage unsererr Kommunalpolitik deutlich machen.

Die Wählerinnen und Wähler haben es verdient, an diesem Punkt vor der nächsten Kommunalwahl Klarheit durch die Fraktionen des Gemeinderates zu erhalten.